

Rieser Tageblatt

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 30,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befristeterzeit bestimmte Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1580,
Verlags-
Riesa Nr. 52.

Nr. 180.

Mittwoch, 3. August 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Bläßen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubende und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatt, wenn der Betrag versäht, durch Abgabe einbezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa, Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Drucker- und Verlagsarbeiten ober der Verlegererweiterungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Landwirtschaft nach den Wahlen.

ES. Für die Agrarpolitik ergibt sich aus dem Wahlergebnis des 31. Juli die Notwendigkeit, mit schärferer Konzentration die bisherige Linie der Agrarpolitik fortzusetzen. Wenn die Nationalsozialisten als bei weitem härteste Partei des neuen Reichstages gerade auf dem flachen Lande, und zwar in allen Teilen des Reiches und bei allen Schichten der Landwirtschaft, besondere Erfolge errungen haben, während in einer Reihe von Städten die nationalsozialistischen Stimmen zurückgegangen sind, so ist das nicht nur ein Ausdruck der besonderen Not der Landwirtschaft, sondern vor allem der Tatsache zu verdanken, daß die Nationalsozialisten mit ihrem Nationalsozialismus für den Schutz der deutschen Arbeit, für die Förderung des Binnenmarktes und damit für die Hebung der Landwirtschaft eingetreten sind. Er gibt sich daraus für die NSDAP, die Verpflichtung, nun auch ohne gewante Experimente und unter Verzicht auf eine gefährliche Agrarpolitik der Oberflächlichkeit für die praktische Durchführung dieser Anschauungen einzutreten, so daß sich wenigstens dieser Teil des nationalsozialistischen Programms mit den Anschauungen einer überwiegenden Mehrheit des neuen Reichstages. Eine im Sinne der vorbildlichen Pflege des Binnenmarktes vernünftig orientierte Agrarpolitik wird von jeher von den deutschnationalen Vertretern und von einem Teil der bürgerlichen Splittergruppen, die noch einmal einen Mandatsrest für den Reichstag gerettet haben. Aber auch die Bayerische Volkspartei, der Bayerische Bauernbund und der landwirtschaftliche Flügel des Zentrums, der seine wirtschaftspolitische Vertretung wesentlich bei den Bauernvereinen findet, kann für sich die Binnenmarkt-orientierung in Anspruch nehmen, die seit dem ersten Auftreten der Grünen Front mit geschlossener Einheitlichkeit von der Landwirtschaft verfochten wird. Was für viele politische Fragen im Reichstag die Mehrheit bildet, da auch die landwirtschaftlichen Vertreter des Zentrums nicht dazu in der Lage sein dürften, sich bei diesen grundlegenden Fragen eines getunden volkswirtschaftlichen Wiederaufbaus einem etwa gegen die Agrarpolitik gerichteten Fraktionszwang zu fügen.

So hat der Reichsernährungsminister ohne Rücksicht auf Koalitionsbesprechungen und auf Wünsche nach Regierungs- und Umgestaltung die Möglichkeit, die Agrarpolitik schärfer als bisher zu konzentrieren. Das liegt ganz im Sinne der ersten Erklärungen des Kabinetts Bayern über eine Orientierung der Wirtschaftspolitik nach dem Binnenmarkt. Die Möglichkeiten für sichtbare praktische Auswirkung sind nach dem Wandel der Verhältnisse in Preußen umso größer. Man darf daher der Erwartung Ausdruck geben, daß die weitgehend geforderten Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Landwirtschaft auch auf den Gebieten, die bisher noch vernachlässigt werden mußten, nunmehr unverzüglich zur Durchführung gelangen. Bei der notwendigen Rücksichtnahme auf die anderen Berufsstände, der erforderlichen Eingliederung der agrarpolitischen Einzelheiten in einen allgemeinen volkswirtschaftlichen Aufbau und bei den internationalen Auswirkungen in der Handelspolitik wird nicht mit einem großen neuen Schlag zu rechnen sein, sondern mit einer schnellen, aber organischen Fortentwicklung. Wenn sich dabei bereits Stimmen bemerkbar machen, daß diese Fortentwicklung der Handelspolitik die Verzerrung gegen den deutschen Export verschärfen müssen, so muß man dem entgegenhalten, daß die Schuld bei denen liegt, die der deutschen Volkswirtschaft mit der Handelspolitik der Vergangenheit einen Bärendienst geleistet haben. Es ist aber auch so, daß die auf vielen Gebieten noch bestehende Einfuhrfreiheit und die Meistbegünstigungspraktik praktisch zu einer Zwangswirtschaft geführt haben, die der deutschen Arbeit ihren Ertrag raubt und zu einer Zwangsverwertung überflüssiger Auslandserzeugnisse geführt hat.

Ergibt sich daraus die Tendenz für die Fortführung der Agrarpolitik, so ist dabei vom Standpunkt der Landwirtschaft aus auch die Selbstverständlichkeit eingeschlossen, daß auf jedes sozialistische Experimente mit dem Rücken der Landwirtschaft verzichtet wird. Die Landwirtschaft würde ja nur aus dem Regen in die Traufe kommen, wenn etwa nach dem Vorschlag des ehemaligen Reichstagspräsidenten Lohse die sozialistische Mehrheit von Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten in dieser wirtschaftsgerichteten Richtung praktische Auswirkungen haben würde.

Eine überraschende Wendung.

Bayern auch als preussischer Ministerpräsident?

(Berlin. Die neue Einberufung des Ältestenrates im Preussischen Landtag zeigt, daß die erste politische Schlacht nach den Wahlen in Preußen geschlagen werden soll. Erst wenn in Preußen Klarheit geschaffen ist, wird man Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung im Reich und im neuen Reichstag haben. Offenbar geht das Bestreben der Regierungskreise dahin, sobald wie möglich die Einrichtung des Reichskommissars abzubauen oder durch einen Entschluß der Mehrheit im Preussischen Landtag die bereits durch die Reichstagswahlen gerechtfertigten Maßnahmen zu legalisieren.)

Man spricht davon, daß die Wahl des Reichsanzalters von Bayern zum preussischen Ministerpräsidenten beim Zusammentreten des Preussischen Landtages zur Diskussion gestellt werden soll und man glaubt, daß im Zentrum beachtliche Kräfte an der Arbeit sind, um eine solche Lösung zu

Ländereinsprüche im Reichsrat.

Die erste Reichsratssitzung nach Einsetzung des Reichskommissars. Nachruf des Reichsinnenministers für die Opfer der „Niobe“.

(Berlin. Der Reichsrat hielt gestern seine erste Vollversammlung nach der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen ab. Die Vertreter der letzten Preussischen Staatsregierung bezw. die durch die letzte Staatsregierung instruierten Reichsratsmitglieder waren zu der Sitzung nicht erschienen.)

Den Vorsitz führte Reichsinnenminister v. Gaus, der die Sitzung mit einem Nachruf für die Opfer des „Niobe“-Unfalls eröffnete. Der Minister sprach allen denen, denen durch diese Katastrophe schweres Herzleid zugefügt worden sei, den Eltern, den Kameraden und der Marine, das Beileid des Reichsrates aus.

Freiherr v. Gaus gab dann eine Erklärung ab, in der er auf die Verordnung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen Bezug nahm. Einzelne Länder und Bevollmächtigte der preussischen Provinzen hätten bereits in der Ausschuss-Sitzung vom 27. Juli ihre Stellungnahme zu der Rechtsfrage bekanntgegeben und sich unter Führung ihres Rechtsanwaltes zur Mitarbeit im Reichsrat bereit erklärt. Die Reichsregierung habe von den Erklärungen Kenntnis genommen und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern im Reichsrat sich weiter reibungslos vollziehen werde, zumal Gewähr gegeben sei, daß die Rechtsfrage durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofs baldmöglichst endgültig geklärt werde.

Der Vertreter der bayerischen Regierung gab darauf eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, die bayerische Staatsregierung sei der Auffassung, daß die derzeitige Zusammensetzung des Reichsrates nicht der Reichserweiterung entspreche und daß der Reichsrat nicht in der Lage sei, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben.

Hannern behalte sich ausdrücklich alle weiteren Schritte vor und könne sich nur unter diesem Vorbehalt an den Verhandlungen beteiligen.

Der Vertreter Württembergs erklärte, nur unter Vorbehalt seines rechtlichen Standpunktes sei Württemberg zur Mitarbeit im Reichsrat bereit, müsse aber dem Königlich Preussischen Reichsrat die Entscheidung des Staatsgerichtshofs nur dringliche Angelegenheiten im Reichsrat zur Beratung gebracht würden.

Der bairische Vertreter betonte, die bairische Regierung habe in ihrer beim Staatsgerichtshof erhobenen Klage zum Ausdruck gebracht, daß nach ihrer Auffassung die Reichsregierung nicht befugt sei, das Recht zur Instruktion von Reichsratsbevollmächtigten auf einen für ein Land bestimmten Reichskommissar zu übertragen oder Länderregierungen das Recht zur Instruktion zu entziehen. Die bairische Regierung halte an diesem Standpunkt auch heute fest und schließt sich deshalb der Vorbehaltsklärung an.

Dieselbe Vorbehaltsklärung gaben die Vertreter der Länder Hessen, Hamburg, Lübeck, Bremen, Lippe und Schaumburg-Lippe ab.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Damacher, gab namens der preussischen Provinzen Grenzmark-Verein, Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die Zusammensetzung des Reichsrates nicht durch Akt eines Reichskommissars verändert werden könne und daß Verwahrung gegen das Vorgehen des Reiches eingeleitet werde.

Damit waren die Erklärungen beendet. Die Rechtsfrage soll im Verfassungsausschuss des Reichsrates noch einer Prüfung unterzogen werden.

ermöglichen. Da sich aber in nationalsozialistischen Kreisen ein gewisser Widerstand bemerkbar macht, wird möglicherweise die Lösung in einer Personalunion der beiden Innenministerien gesucht werden.

Fraktionszusammenkünfte im kommenden Reichstag?

(Berlin. Die Germania beschäftigt sich mit der Frage, wie die insgesamt 21 Abgeordneten der Mittelparteien zwischen deutschnationalen und Sozialdemokraten sich nach Zulassung zum Reichstages gruppieren werden, um in den Ausschüssen vertreten zu sein. Sie weiß von einer Anregung zu berichten, die der staatsparteiliche Abg. Lemmer zur Gründung einer „Fraktion der Mitte“ gegeben habe. Die volksparteilichen Abgeordneten hätten diesem Gedanken jedoch vorläufig noch abwartend gegenüber. Man rechne in parlamentarischen Kreisen auch mit der Möglichkeit, daß die volksparteilichen Abgeordneten sich der deutschnationalen Fraktion als Hospitanten anschließen. Die Volkszeitung weiß von Erörterungen zu berichten, die zwischen Zentrum und Bayer. Volkspartei gepflogen würden, um einen engeren Fraktionszusammenschluß der beiden Parteien zu erreichen. Diese Fraktion wäre die dritthöchste Gruppe im neuen Reichstag.

Der Völkerbund greift ein

Genf, 3. August.

Das Völkerbundssekretariat hat Dienstagabend die zwischen dem amtierenden Präsidenten des Völkerbundesrates, Matos, und dem Generalsekretär des Völkerbundes sowie den Vertretern Boliviens und Paraguays geführte Korrespondenz über den Konflikt, der zwischen diesen beiden Staaten entstanden ist, veröffentlicht.

Aus dem von den zuständigen Vertretern der beiden Länder an den Generalsekretär gerichteten Schreiben geht hervor, daß sich Bolivien und Paraguay gegenseitig der Verwendung militärischer Mittel zur Lösung des Konfliktes im Chaco-Gebiet beschuldigen.

Das vom Ratspräsidenten Matos am 1. August an die Regierungen Boliviens und Paraguays gerichtete Telegramm lautet: Meine gegenwärtige Tätigkeit als Präsident des Völkerbundesrates macht es mir zur Pflicht, Eu. Excellenz in Erinnerung zu bringen, daß der Rat unter dem Vorbehalt von Art. 18 des Bando anlässlich des Zwischenfalls vom Dezember 1928 betr. des Chaco-Gebiet das Versprechen erhalten hat, gemäß dem Pakt zu einer friedlichen Lösung Zuständigkeit zu übernehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, neue Zwischenfälle zu vermeiden. Auf das Vorstehende verweisend und in der Gewißheit, die Gefühle der Mitglieder des Völkerbundsrates auszudrücken, richte ich an die beiden Regierungen den dringenden Appell, damit Sie wie im Jahre 1928 sich mit der bezeichneten Aktion einverstanden erklären und in Wahrung der Verpflichtung, die die Mitglieder des Völkerbundsrates eingegangen sind, die Regelung ihres Streites unter Erhaltung des Friedens herbeizuführen.

Volkspartei erhält ein Reichstagsmandat.

(Berlin. Die Reichspressestelle der Volkspartei teilt mit: Nachdem der Christlich-Soziale Volksdienst im Wahlkreisverband Westfalen-Nord und -Süd ein Grundmandat nur mit Hilfe der Stimmen der Volkspartei erlangen konnte, fällt — entsprechend dem zwischen beiden Parteien abgeschlossenen Vertrag — ein Reichstagsmandat der Volkspartei zu. Gewählt ist damit der Reichsführer der Volkspartei, Oberbürgermeister Bauer-Stuttgart.

Kommunistische Alterspräsidentin im Reichstag?

(Berlin. Die ersten Sitzungen des neu gewählten Reichstages werden bis zur Bestimmung eines Präsidenten von dem Alterspräsidenten, also dem ältesten Mitglied des Reichstages, geleitet. Soweit sich bisher Feststellungen über das Alter der neu gewählten Abgeordneten treffen lassen, scheint diesmal die kommunistische Abg. Frau Clara Rastin das älteste Mitglied des Reichstages zu sein. Frau Rastin ist am 5. Juli 1857 geboren und somit 75 Jahre alt. Es wäre das erste Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte, daß eine Frau das Amt des Alterspräsidenten wahrzunehmen hätte. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob Frau Rastin tatsächlich das Amt ausüben wird, da sie krank ist und wahrscheinlich an der Reichstagsöffnung überhaupt nicht teilnehmen kann. In diesem Falle würde der Vizepräsident dem zweitältesten Mitglied des Reichstages wählen, und das wäre der Zentrumsabgeordnete Blum-Refeld, der am 23. November 1857 geboren und somit nur wenige Monate jünger ist als Frau Rastin. Im ganzen sieht es aus, daß die Frauen des Alterspräsidenten eine gewisse Verjüngung im neuen Reichstag, da die Alterspräsidenten der letzten Reichstages durchweg erheblich älter und über 80 Jahre gewesen sind.

Einigung zwischen Reichsregierung und Reichsrat.

(Berlin. Wie aus Kreisen des Reichsrates verlautet, waren der gestrigen Reichsratssitzung Verhandlungen mit der Reichsregierung vorausgegangen, die zu einer Einigung führten, sodaß sich die Länder und Provinzen, die grundsätzlich die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen bekämpften, auf die Abgabe von Erklärungen beschränkten, in denen sie ihren Rechtsstandpunkt wahrten. Die Grundlage dieser Vereinbarung bildete, wie weiter verlautet, die Forderung der Reichsregierung, daß die Reichskommissar für Preußen instruierten neuen preussischen Bevollmächtigten nicht in der Sitzung erscheinen würden und daß in der Sitzung keine kritischen Vorlagen behandelt würden, sodaß es nicht zu namentlichen Abstimmungen käme. Durch diese Vereinbarung ist die Reichsratssitzung überhaupt erst möglich geworden, denn die durch den Reichskommissar ihres Amtes entsetzten preussischen Minister hatten die Absicht, sonst zu der Reichsratssitzung zu erscheinen.